

Walter Müller will es nochmals wissen. Der älteste Ostschweizer Parlamentarier tritt auch 2015 mit dannzumal 67 Jahren zu den Nationalratswahlen an. Das hilft vor allem auch seiner Partei, der FDP.

«Mein politisches Leben ist noch jung»

JÜRIG ACKERMANN

AZMOOS. Der Glanz von einst ist verblasst. Abgesehen von Andrea Caroni Coup in Appenzell Ausserrhodens endeten die Nationalratswahlen 2011 für die einst stolze FDP in der Ostschweiz ernüchternd. Im Thurgau verlor die Partei ihr einziges Nationalratsmandat, ebenso in Graubünden. Im Kanton St. Gallen waren die Freisinnigen schon zuvor innerhalb von 20 Jahren von vier auf einen Sitz abgesackt. Es passt ins Bild, dass dieser eine St. Galler Sitz von einem untypischen FDP-Vertreter besetzt ist. Walter Müller hat zwar als Verwaltungsratspräsident eines Handelsgeschäfts Verbindung zum Gewerbe, ist aber hauptberuflich Landwirt – mittlerweile der einzige Bauernvertreter in der 41köpfigen FDP-Bundeshausfraktion, der an freien Tagen tatsächlich noch im Stall steht oder bei der Rüebli-Ernte hilft.

Im rechten Flügel der Partei

Der vierfache Vater und sechsfache Grossvater sagt, das politische Feuer lodere in ihm noch immer. Er will 2015 deshalb nochmals antreten. «Der Ehrgeiz ist da, die angefangene Arbeit fertig zu machen.» Damit meint Müller vor allem die Sicherheits- und Aussenpolitik, wo er in Bern zu einem wichtigen Ansprechpartner nicht nur in seiner Partei geworden ist. «Mein politisches Leben ist noch jung», sagt der 66jährige Werdenberger, der vor 40 Jahren die FDP-Ortspartei Wartau präsidierte, dann aber lange von der Politik wenig wissen wollte. Erst 1999 liess er sich als kantonalen Bauernpräsident auf die FDP-Liste setzen und schaffte es auf Anhieb auf den zweiten Ersatzplatz. Er hatte Lunte gerochen und wusste: «Ich will dorthin, wo die Entscheidungen getroffen werden.» Vier Jahre später sass er bereits in Bern.

Dass ihn trotz seiner eher wertkonservativen Grundhaltung das Neue nicht abschreckt, hat er auch als Landwirt auf seinem 60-Hektaren-Betrieb immer wieder bewiesen. Als Müller 1979 weitherum den ersten Laufstall installierte und die dazu gehörigen Boxen aus den USA einfliegen liess, wurde er als «Spinner» bezeichnet. Politisch wankelmütig ist Müller jedoch nicht. Er politisiert seit zwölf Jahren solide im rechten Flügel der FDP-Fraktion. Souveränität und Föderalismus sind ihm wichtig. Die



Walter Müller ist nach wie vor als Landwirt auf seinem 60-Hektaren-Betrieb tätig.

Bild: Coralie Wenger

bilateralen Verträge deswegen aufs Spiel setzen will er aber nicht.

Mit GLP, SVP oder CVP

Dass Müller nochmals antritt, freut vor allem auch seine Partei, die auf eine erneute Kandidatur drängte, nachdem klar geworden war, dass er nicht während der Amtszeit zurücktreten würde. Müller wurde vor vier Jahren mit einem Glanzresultat gewählt – auch dank vieler Panaschierstimmen aus ländlichen Gebieten. Selbst in Industrie- und Gewerkekreisen scheint sich die anfängliche Skepsis gelegt zu haben. So sagt Kurt Weigelt, Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell: «Walter Müller ist ein Vertreter der Landwirtschaft, in verschiedenen Dossiers wie der Arbeitsmarktpolitik

arbeiten wir jedoch sehr gut mit ihm zusammen.» Sicher ist: Das Unterfangen der St. Galler FDP, 2015 einen zweiten Sitz zu erreichen, wäre ohne Müller und den Bisherigen-Bonus ziemlich aussichtslos. Zumal derzeit auch keine Kandidaten in Sicht sind, die als Stimmenmagnete über die Parteigrenze hinaus wirken könnten. IHK-Direktor Weigelt, der 2011 hinter Müller auf dem zweiten Platz landete, hat sich offiziell noch nicht entschieden, ob er nochmals zur Verfügung steht. Gemäss Insidern eher nicht.

Dass die FDP den zweiten Sitz 2011 verpasste, wurmt Parteipräsident Marc Mächler noch heute. Hätte sich die BDP damals wie ursprünglich geplant mit der FDP statt mit den Grünliberalen verbunden – die Freisinnigen hätten den zweiten Sitz ge-

holt. Für Mächler ist deshalb klar: «Wir werden 2015 Listenverbindungen intensiv prüfen und wenn möglich auch eingehen. Ich kann mir solche mit der GLP, aber auch mit der SVP oder in einem grösseren Verbund mit der CVP vorstellen.» Es gehe hier um reine Arithmetik und nicht um gemeinsame Inhalte.

Junge gegen Alterslimiten

Dennoch bleibt die Frage: Hat die FDP ein Nachwuchsproblem, dass sie 2015 mit einem Spitzenkandidaten im AHV-Alter ins Rennen steigt? Für den Ostschweizer Politbeobachter Bruno Eberle stellt sich diese Frage generell: «Fast alle Parteien haben zu wenig Aktive und damit ein Nachwuchsproblem.» Zudem fehle oft die Kapazität, um jüngere Kräfte für ein

Nationalratsmandat oder ein Exekutivamt aufzubauen. «Der FDP würde ein auch in gesellschaftlichen Fragen Liberaler wieder einmal gut anstehen. Wenn ein Generationenwechsel erfolgen soll, muss dies jedoch bis spätestens Mitte Amtsdauer geschehen», sagt Eberle. Natürlich sei eine Verjüngung des Parlaments wünschenswert, meint auch Christoph Graf. Von Alterslimiten oder Amtszeitbeschränkungen hält der Präsident der St. Galler Jungfreisinnigen aber nichts. «Das wäre weder liberal noch demokratisch.» Auch für Andrea Caroni (FDP/AR), mit 34 Jahren zweitjüngster Ostschweizer Parlamentarier, hat die FDP generell kein Nachwuchsproblem. «Für gute Kandidaten gibt es keine Altersgrenze, weder nach unten noch nach oben.»

CVP-Union mit BDP nimmt Formen an

SEMPACH. Die Mitte müsse gestärkt werden, wiederholten die Rednerinnen und Redner gestern am Sommerparteitag der CVP am Ufer des Sempachersees. Was das heisst, wird demnächst verkündet werden: CVP und BDP gehen ihre lange gehegten Unionspläne jetzt konkret an. Am Freitag wurden die Fraktionen informiert, wie mehrere Parlamentarier beider Parteien bestätigen. Es ist eine Union auf Bundesebene mit gemeinsamer Fraktion und gemeinsamen Parteitag geplant.

Abgekommen sind die beiden Mitparteien scheinbar vom Plan, mittelfristig eine gemeinsame Zentrumsparlei auf Bundesebene zu bilden. CVP und BDP werden unabhängig voneinander bestehen bleiben. Offen ist auch noch, ob bei den Wahlen in allen Kantonen Listenverbindungen eingegangen werden. Wahrscheinlich wird man das den Kantonssektionen überlassen, um die Basis nicht zu überfordern.

In den nächsten Monaten will man das Vorgehen mit der Basis diskutieren, beschlossen werden soll die Union Ende Jahr oder Anfang nächsten Jahres. (fak)

Parlamentarier erhalten Spesen auch dann, wenn sie gar keine Ausgaben hatten. Die Berner Nationalrätin Aline Trede stört sich daran.

Grüne Nationalrätin will keine Spesenritterin sein

SERMIN FAKI

BERN. Mit auswärtigen Kommissions-sitzungen verschleudere das Parlament unnötig Geld, kritisierten Nationalrätin vergangene Woche in der Ostschweiz am Sonntag. Doch Sitzungen «extra muros» sind nicht die einzigen Kostentreiber in einem Parlament, das in diesem Jahr eigentlich eine Million Franken sparen muss.

Erfolgloser Verzicht

Dass manchmal sogar die Parlamentarier selbst machtlos gegen den lockeren Umgang mit Steuergeldern sind, hat die Grüne Berner Nationalrätin Aline Trede erfahren. Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) versuchte sie erfolglos, auf eine Mahlzeitenentschädigung zu verzichten. Es ging um eine Sitzung in Thun, an der sich die Sicherheitspolitiker über das Rüstungsprogramm 2014 informierten. Obwohl die Kommissionsmitglieder dabei von der Ar-

mee bekocht wurden, das Mittagessen also vom Bund spendiert wurde, erhielten die Kommissionsmitglieder die vorgesehene Mahlzeitenentschädigung von 115 Franken. Trede erkundigte sich daraufhin, wie sie das Geld zurückgeben könne, und bot sogar an, bei nächster Gelegenheit auf die Entschädigung zu verzichten, wenn das weniger Umtriebe mache. «Ich will nicht für Ausgaben entschädigt werden, die ich gar nicht habe», sagt sie. Das Kommissionssekretariat



Aline Trede

habe ihr allerdings beschieden, dass ein Verzicht nicht vorgesehen sei. Gemäss Artikel 3 der entsprechenden Verordnung erhalte jeder Parlamentarier pro Sitzungstag eben eine Mahlzeitenentschädigung.

Anfrage zur Spesenpraxis

Zwar sieht die Verordnung in Artikel 5 vor, dass die Entschädigung entfällt, wenn der Bund Verkehrsmittel, Verpflegung und Unterkunft zur Verfügung stellt. Einzelne Leistungen, wie ein vom Bund angebotenes Mittagessen, zählen jedoch nicht. Wie die Parlamentsdienste sagen, wird pauschal pro Sitzungstag abgerechnet, weil die Einzelabrechnung mehr Aufwand bedeuten würde. Anders gesagt: Es kommt den Bund billiger, mehr zu zahlen als genau abzurechnen. Damit will sich Trede nicht abfinden. «Ich bin doch keine Spesenritterin!», sagt sie. In der kommenden Session wird sie daher eine Anfrage zur Spesenpraxis einreichen.

Frauen wehren sich gegen Bersets Reformpläne

BERN. Über 100 Delegierte haben gestern und vorgestern an der siebten Unia Frauenkonferenz im jurassischen Saignelégier teilgenommen. Kernthema war das von SP-Bundesrat Alain Berset geplante Reformprojekt «Altersvorsorge 2020». Auch nach Kritik in der Vernehmlassung hält der Bundesrat an den zentralen Elementen fest: Das Frauenrentenalter soll auf 65 Jahre erhöht und der Mindestumwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge gesenkt werden.

Gegen diese und weitere Pläne wehren sich die Unia-Frauen nun. Sie lehnen gemäss Mitteilung den Versuch ab, «einmal mehr auf dem Buckel der Frauen zu sparen». Schon heute seien die Renteneinkommen der Frauen tiefer als jene der Männer – denn Frauen verdienen nicht den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit, arbeiteten oft Teilzeit und würden die berufliche Laufbahn für Familienpflichten unterbrechen.

In einer Resolution stellen sie daher mehrere Forderungen auf. Unter anderem sollen das Rentenalter für Frauen nicht erhöht und die Witwenrente für kinderlose Frauen nicht abgeschafft werden. (sda)